

Annoncen-Bureau:
In Posen bei
Dm. Krupski (C. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt u. Friedrichstr. (Seite 4);
in Grätz b. Dm. K. Strickland;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig,
Hamburg, Wien und Bafel:
Gaafenstein & Vogler.

Posener Zeitung.

Dreißigster

Jahrgang.

Annoncen-Bureau:
In Berlin,
Wien, München, St. Gallen
Kudolph Hofe;
in Berlin:
A. Klemmer, Schloßplatz;
in Breslau,
Kassel, Bern u. Stuttgart:
Sachse & Co.;
in Breslau: K. Jenke;
in Frankfurt a. M.:
G. L. Daube & Co.

15.

Mittwoch, 19. Januar

1870.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vier-
teljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 21/2 Sgr. — Bestellungen
nehmen alle Verhältnisse des In- u. Auslandes an.

Inserate 14 Sgr. die fünfzeilige Zeile oder
deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher,
und an die Expedition zu richten und werden für
die an demselben Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 18. Januar. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem königlich griechischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Délyanny, den Rothen Adler-Orden I. Kl.; ferner den nachbenannten königlich bayerischen Archiv-Beamten, und zwar: dem Reichs-Archiv-Vorstand Professor Dr. v. Köher zu München den Kronen-Orden II. Kl., dem Vorstand des Archiv-Konservatoriums in Bamberg, Dr. Rapp, den Kronen-Orden III. Kl., dem Archiv-Sekretär Dr. Schäffler zu München und dem Archiv-Sekretär Köberle zu Bamberg den Kronen-Orden IV. Kl.; sowie endlich dem fürstlich reussischen Zoll-Rath v. Rutschenbach zu Schleiz und den Kaufleuten Edmund Dirck und Viktor Dirck zu Bordeaux gleichfalls den Kronen-Orden IV. Kl. zu verleihen.

Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Schatzrath Merkel zu Hannover den Rothen Adler-Orden III. Kl.; dem Sekonde-Lieutenant a. D. Levin zu Potsdam den Kronen-Orden IV. Kl.; dem emeritirten katholischen Schullehrer Großhanten zu Voisheim, Kr. Kempen, den Adler der IV. Kl. des Hausordens von Hohenzollern zu verleihen; ferner den Geh. Ober-Justiz-Rath undortragenden Rath im Justiz-Ministerium Dr. Friedberg zugleich zum Vorsitzenden der Justiz-Prüfungs-Kommission mit dem Charakter eines Präsidenten derselben zu ernennen und demselben den Rang der Räte erster Klasse beizulegen.

Der R. Eisenbahn-Baumeister Lütkeken bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn zu Langenbrunn, ist zum R. Eisenbahn-Bau-Inspektor ernannt und demselben die Stelle des Vorstehers des technischen Zentralsbüros bei der Bebra-Hanauer Eisenbahn in Kassel verliehen worden. Dem bisher als technischer Hilfsarbeiter bei der Bau-Abtheilung des R. Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten kommissarisch beschäftigt gewesenen Baumeister Hesse ist, unter Ernennung zum R. Land-Baumeister, die etatsmäßige technische Hilfsarbeiter-Stelle bei dem R. Polizei-Präsidium zu Berlin verliehen worden.

Dem Dozent Dr. Rudolf am Gymnasium in Neuh ist das Prädikat „Professor“ verliehen worden.

Der bisherige Zahlmeister Feyeraabendt ist zum Geh. Registrator ernannt.

Preußen und Polen.

Man schreibt uns:

Es ist bemerkenswerth, daß sich seit einiger Zeit in der polnischen Presse immer häufiger Stimmen vernehmen lassen, welche die Verwirklichung der polnischen Hoffnungen von Preußen erwarten und daher den polnischen Patrioten dringend rathen, der preussischen Regierung vertrauensvoll und freundlich entgegenzukommen. Noch vor Kurzem waren solche Ansichten und Rathschläge in der polnischen Presse unerhört und würden von den Wortführern der polnischen Sache, die kurzfristig und verblendet genug waren, den Haß gegen Preußen und das deutsche Element als ein unumstößliches Dogma des polnischen Patriotismus zu betrachten, mit Entrüstung zurückgewiesen worden sein. Heute magt es schon eines der bedeutenderen polnischen Presseorgane, der den liberalen Ideen huldigende Krakauer „Kraj“, die Ansicht, welche die polnischen Hoffnungen an Preußen und das unter Führung desselben geeinigtes Deutschland knüpft, öffentlich zu vertreten und die polnische öffentliche Meinung giebt kein Mißfallen darüber kund.

Das genannte Blatt geht von der sehr richtigen Ansicht aus, daß Preußen keine fremden Eroberungen sucht, sondern von einem historischen und natürlichen Drange getrieben, nur dahin strebt, die deutschen Stämme unter seiner Führung zu einigen und einen von ihm geleiteten deutschen Bundesstaat zu errichten und daß es bei diesem Streben früher oder später nicht bloß mit dem egoistischen Frankreich, sondern mehr noch mit dem von panslawistischen Ideen durchdrungenen und eroberungslustigen Rußland notwendig in kriegerischen Konflikt gerathen muß. Die Zeit, wo Rußland seinen längst angekündigten panslawistischen Eroberungszug durch das zivilisierte Europa zu unternehmen sich anschicken wird, ist nach der Ansicht des „Kraj“ die Zeit, wo Preußen es in seinem Interesse finden muß und wird, die Polen als Bundesgenossen gegen den gemeinsamen Feind aufzurufen, wo die polnischen Unabhängigkeits-Hoffnungen, wenn auch nicht in ihrem ganzen Umfang, ihre Verwirklichung erwarten dürfen. Der „Kraj“ betrachtet als die politischen Hauptfiguren der Gegenwart, welche die europäische Politik noch auf lange Zeit bestimmen und die künftige politische Gestaltung Europas vorbereiten, auf der einen Seite Napoleon und Beust, auf der anderen Seite Bismarck und Andrassy. Dem Kaiser Napoleon geht es vor Allem darum, die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung zu hindern und Preußen womöglich zum Fall zu bringen; aber er findet zur Ausführung seines Planes noch keinen Bundesgenossen, weil Oesterreich zu schwach ist und Rußland wegen mangelnder Vorbereitung zözet. Zur Würdigung der Bestrebungen der genannten beiden politischen Gruppen bemerkt das Blatt: „Die politischen Ideen Bismarcks und Andrassy haben das mit einander gemein, daß sie die Hebung und Kräftigung der deutschen resp. ungarischen Nationalität bezwecken, die beide von Rußland bedroht sind. In der antirussischen Richtung treffen also Bismarck und Andrassy zusammen. Wenn Napoleon heute an Beust einen sehr schwachen Bundesgenossen hat, so hat Bismarck an Andrassy einen weit stärkeren und wenn Wahrheit und Idee den Sieg verleihen, so kann und wird dieser nicht auf Seiten Napoleons und Beusts sein, sondern er wird die Bestrebungen Bismarcks und Andrassy's krönen.“

Dieselben preußenfreundlichen Ansichten werden auch in den zahlreichen politischen Schriften des unter den Pseudonamen Boleslaw Swierzyz sehr bekannten polnischen Publizisten, eines in der Emigration bekannten Littauer's, entwickelt.

Deutschland.

Berlin, 18. Jan. Es erregt nicht geringes Befremden, daß bei den Verhandlungen über den Verkauf braunschweigischer Eisenbahnen nur immer von der Höhe der Summe gesprochen wird, nicht aber davon, was aus dem Gelde werden soll. Aus den Verhandlungen ist nicht zu ersehen, daß das aus dem Verkauf der Bahnen gewonnene Kapital dem Lande sicher gestellt werden soll, und doch ist es außer allem Zweifel, daß die Bahnen nicht dem Herzoge, sondern dem Lande gehören. Das Hauptaugenmerk müßten die Vertreter des braunschweigischen Landes also darauf richten, Garantien zu erhalten, daß das Kaufgeld dem Lande zu Gute komme und nicht zu dynastischen persönlichen Zwecken verwendet werde. Es ist zu verwundern, daß Braunschweig, welches doch so viel konstitutionellen Instinkt besitzt, diesen Punkt nicht in den Vordergrund gestellt hat. Was nützt der hohe Preis, wenn nur ein geringer Theil des gewonnenen Kapitals dem Lande sicher gestellt wird? — Gegenwärtig wird an den Motiven zu dem Entwurf des Strafgesetzes für den Norddeutschen Bund emsig gearbeitet, damit dieselben gleichzeitig mit dem Entwurf selber an den Reichstag gelangen können. Die anderweitige Nachricht, nach welcher die Motive schon druckfertig seien und in aller nächster Zeit zur Veröffentlichung gelangen würden, ist daher als eine sehr verfrühte zu bezeichnen. — Hinsichtlich des erwarteten neuen Preßgesetzes wird von einigen Korrespondenten behauptet, daß es sich dabei nur um die Modifikationen einiger administrativer Punkte in dem gegenwärtigen Preßgesetze handle. Wie man aber von unterrichteter Seite erfährt, wird der in Aussicht stehende Entwurf ein durchaus neues Preßgesetz im Umfange des bisherigen Gesetzes enthalten. Der Duncker-Ebertsche Antrag, welcher die Preß-Prozesse vor die Schwurgerichte verwiesen sehen will, hat keine Berücksichtigung finden können, weil diese Frage sachgemäß nicht durch das Preßgesetz, sondern durch die Strafprozessordnung für den Norddeutschen Bund zum Austrage zu bringen ist. — Durch eine Verfügung vom 6. Oktober v. J. hatte der Minister des Innern angeordnet, daß die in der Strafanstalt seines Ressorts detinirten Gefangenen jüdischen Glaubens an einer größeren Zahl von jüdischen Festtagen von Arbeiten befreit werden sollte, als es bisher der Fall war. Es sind nun aber wiederholt noch weitergehende Anträge gestellt worden namentlich dahin, daß die jüdischen Gefangenen von der Verpflichtung zur Arbeit auch am Sabbath entbunden und dafür an den Sonntagen zur Arbeit herangezogen würden. Die Bedenken, welche gegen die Ausführung dieses Antrags namentlich in der Unvereinbarkeit mit der Anstaltsordnung bestehen, sind freilich unverkennbar, auf der andern Seite muß aber der Gewissenszwang in Betracht gezogen werden, der strenggläubigen Juden angethan wird. Der Minister hat daher dem Antrage volle Berücksichtigung zu Theil werden lassen, hält es jedoch vor der Entscheidung für nothwendig, die k. Regierung über die Angelegenheit gutachtlich zu hören und hat daher denselben eine Reihe von Fragen zur baldigen Beantwortung vorgelegt.

Berlin, 18. Januar. [Zur Kreisordnung. Interpellation in Angelegenheit der Eisenbahn von Remel nach Tilsit u. Bundesrath. Zollverein. Statistische Konferenz. Zusammenkunft Nationalliberaler.] Mit dem Abschnitt der Kreisordnung, welche den Kreis-hauptmann und die Amtsbezirke betrifft, steht in der Debatte des Abgeordnetenhauses über die Kreisordnung eine der Hauptepisoden, wenn nicht ein völlig entscheidendes Moment bevor. Es war daher nur der Situation entsprechend, daß eine allgemeine Debatte einleitend vorausgeschickt wurde; und wie groß der Drang ist, sich über das Thema auszusprechen, ergab die 30 Namen umfassende Rednerliste. Bemerkenswerth ist die Erklärung der Konservativen: entweder Ernennung des Amtshauptmanns durch den König, oder absolute Verwerfung der Vorlage, wenn nicht anders durch das Herrenhaus. Von Interesse war ferner die eigenthümliche Auffassung der Dinge in der Gneiss'schen Rede und die darauf folgenden Entgegnungen der Abgg. v. Unruh, u. Miquel. Allgemein ist man auf die Aeußerungen vom Ministerische aus gespannt, weil man annimmt, daß dieselben der Inhalt eines im Schooße des Staatsministeriums getroffenen Uebereinkommens hinsichtlich der Konzeptionen der Regierung sein möchten. Bisher haben der Minister des Innern und sein Kommissarius sich nur fleißig Notizen gemacht, morgen werden sie sich wohl vernehmen lassen. — Die Abgg. Berger, (Witten) Miquel, v. Wedell haben, unterstützt von mehr als 150 Mitgliedern aller Fraktionen des Hauses eine Interpellation eingereicht, in welcher die k. Staatsregierung angefragt wird, ob und wann dieselbe den bereits in der vorigen Session von ihr verlangten Geszentwurf, betr. den Bau einer festen Brücke bei Tilsit und einer Eisenbahn von Remel nach Tilsit dem Hause vorlegen werde. Die Interpellation wird wohl erst morgen zur Vertheilung und übermorgen zur Verlesung kommen. Es ist schon vor längerer Zeit die Ansicht verbreitet gewesen, daß in den zustehenden Ministerien eine große Neigung vorhanden sei, die Eisenbahnen von Bebra nach Hanau und von Tilsit nach Remel, womit wirklich dringenden Bedürfnissen des Landes entsprochen wird, zur Ausführung zu bringen, indem man sich der Ansicht hingab, es möchten die finanziellen Schwierigkeiten, welche Febr. v. d. Heydt entgegenstellt, jetzt unter den Auspizien des Hrn. Camphausen geschwunden sein. Es ist zu erwarten, daß in der Begründung der In-

terpellation, falls sich an dieselbe keine Besprechung schließen sollte, auf die Beschaffung der Mittel, sei es nun unter Hinweis auf den begebenen Theil der Eisenbahnleihe, sei es aus anderen bereiten Fonds hingewiesen werden wird. Diese Angelegenheit und das Preßgesetz möchten wohl noch in dieser Session zum Austrage gebracht werden. — Für die Einberufung des Bundesraths zur diesjährigen Session ist der 26. Januar und für die Einberufung des Reichstags der 26. Februar in Aussicht genommen. Nicht viel früher wird der Landtag schließen, so daß die vielen Mitglieder des letzteren nicht erst die Heimreise und die Rückkehr nach Berlin nöthig haben. Dem Zollbundesrath ist übrigens noch keine Vorlage gemacht, welche auf Einberufung des Zollparlaments hindeutet; nichts destoweniger scheint Letztere in den Intentionen an leitender Stelle zu liegen. — Der Wunsch der hier tagenden statistischen Konferenz, die Volkszählung nicht alle drei Jahre, sondern alle 5 Jahre eintreten zu lassen, begegnet großen Schwierigkeiten. Es werden einem solchen Arrangement die Zollvereinsstaaten wohl beitreten, allein, da in dem Zollvereinsvertrage ein dreijähriger Turnus stipulirt ist, so wäre eine Abänderung des Zollvereinsvertrages zur Ausführung erforderlich. — Am 5. Februar werden die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei aus allen Provinzen Preußens und auch wohl aus anderen Staaten des Norddeutschen Bundes zusammentreten, um die Organisation der Partei zu besprechen und in die Hand nehmen. Uebermorgen sprechen die Abgg. Dr. Johann Jacoby und Stadtrath Runge im II. hiesigen Landtagswahlbezirk vor ihren Wählern und zwar eifriger über die soziale Frage, Hr. Runge über die Session des Landtags und ihre bisherigen Resultate.

Berlin, 18. Jan. [Die preussisch-norddeutschen Militärbildungs- und Lehranstalten. Der Bildungsanspruch zum einjährigen Freiwilligendienst.] Neuerdings ist wiederholt und von verschiedenen Seiten eine Erweiterung der Kriegsalademie in Anregung gebracht worden, wozu für die Folge auch die Bereitwilligkeit obwalten soll. Außerdem steht noch die Errichtung von 2 neuen Unteroffizierschulen in Aussicht, doch verläutet mit Bestimmtheit, daß hiezu keinesfalls schon in diesem oder dem nächsten Jahre vorgegangen werden dürfte. Auch hat die Errichtung einer besonderen Artillerie-Unteroffizierschule als durch die Umstände dringend geboten, eine angelegentlich Empfehlung gefunden, und ist bekanntlich die Errichtung einer derartigen Anstalt für die preussischen Unteroffizierschulen ist schon auch in Baden eine derartige Anstalt errichtet worden. Die preussisch-norddeutschen Militärbildungs- und Lehranstalten haben übrigens in Hinsicht der Kopfzahl ihrer Schüler und ihres Personals, wie in ihrer Ausdehnung einen Umfang gewonnen, welche nach beiden Beziehungen dem mancher kleinen Armeegleichkommt, und was besitzend die hauptsächlichsten Anstalten dieser Art gegenwärtig folgende sind: Die 7 Kadettenhäuser enthalten zur Zeit 920 Kadetten und 720 Pensionäre, wozu für die norddeutsche Armee als eine achte derartige Anstalt noch das sächsische Kadettenkorps zu Dresden mit 180 Kadetten hinzukommt. Für die Offiziersausbildung wirken außerdem die 6 vorhandenen Kriegsschulen, die Artillerie- und Ingenieurschule und die Kriegsalademie in Berlin mit einer Gesamtzahl von etwa 900 Kadetten und 3 Offizieren. Das medizinisch-chirurgische Friedrich-Wilhelms-Institut enthält 72 und die derselben attachirte Militärakademie 80 Studierende. Die Militär-Mozart-Schule besitzt, ohne die zur Ausbildung von Beschlagschmieden neugegründete Lehrschmiede, 100 Schüler. Die vier vorhandenen Unteroffizierschulen enthalten außer dem Personal von Offizieren, Unteroffizieren, Pandurwehren u. einem Bestand von 1984 Füsilieren oder Unteroffizieren (Zöglingen). Das Lehr-Infanteriebataillon, das sich in gewisser Beziehung diesen Anstalten anschließt, besitzt für die Sommermonate einen Bestand von 55 Unteroffizieren, 24 Spilleuten, 575 Gemeinen. Dazu treten noch die Schießschule in Spandau mit 58 kommandirten Offizieren, 128 Unteroffizieren, 345 Gemeinen; das Militär-Reitnstitut in Hannover und die damit verbundene Kavallerie-Unteroffizierschule mit 90 - 100 Offizieren und 180 - 190 Scharfrichten; die Artillerie-Schule in Berlin mit 6 kommandirten Offizieren, 138 Mann; die Central-Luciananstalt mit 64 Offizieren und 162 Unteroffizieren; die Feuerwerkschule mit 200 Schülern, und die Militärwaisenhaus in Potsdam, Schloß Preßburg, Annaburg und Struppen, wozu die ersten 3 preuß. Anstalten, 1200 Kinder, darunter 950 Knaben, enthalten. Auch ohne diese Kinder, welche nur theilweise für den späteren Armeedienst bestimmt sind, würde sich die Kopfzahl der Offiziers-Abspiranten, Mannschaften, Zöglinge und Schüler auf den übrigen Militär-Bildungs- und Unterrichtsanstalten nach den geringsten Etatsätzen auf 6805 Köpfe berechnen, wobei sich außerdem die Unterrichtsanstalten der Marine noch nicht mit inbegriffen befinden und wozu überdies dann noch das Offizier-Lehrer-, Beamten-, Aufsicht- und Bedienungspersonal mit mindestens ebenfalls 600 Köpfen hinzutreten würde. — Die eben erlassenen Ausführungsbestimmungen für die Gleichstellung des Bildungsanspruchs zum einjährigen Freiwilligendienst in den neuen und alten Landestheilen entsprechen genau den 1867 hierfür festgestellten Normen. Die Erfüllung der von verschiedenen Seiten gehegten Erwartung, daß dieser Anspruch überhaupt eine Ermäßigung erfahren werde, steht deshalb von Seiten der Regierung keinesfalls zu gewärtigen. Um so mehr darf die Initiative hierzu von der Landesvertretung erwartet werden, welcher, da der erwähnte Ausgleich erst mit 1873 vorgehen ist, während die Revision der nord. Wehrverfassung schon 1872 stattfinden muß, die günstigste Gelegenheit zu einem derartigen Vorgehen geboten sein würde. Es handelt sich in diesem Fall darum, die Berechtigung zum einjährigen Freiwilligendienst wieder von dem bis 1861 gültigen Maß der Schulbildung abhängig zu machen. Auch können die obwaltenden Verhältnisse der Erfüllung dieses Anspruchs mindestens nicht als ungünstig erachtet werden. Wenn 1861 militärischerseits der Anspruch für diese Berechtigung auf den einjährigen Besuch der Sekunda eines Gymnasiums und der Prima einer Realschule erhöht worden ist, so lag dem wiederholt ausgesprochene Absicht zu Grunde, jeden dieser Freiwilligen unmittelbar zum Landwehrpflichtigen vorbereiten zu wollen. Es erweist sich jedoch der Procentfuß der seitdem wirklich zu Landwehrpflichtigen ausgebildeten einjährigen Freiwilligen um nur ein Geringes höher als vor dem bezeichneten Termin, wohl aber haben die letzten neun Jahre den Einbild gewährt, welche immense Belästigung und Beeinträchtigung die Vorbereitung dieser jungen Leute für ihren bürgerlichen Lebensberuf durch die erwähnte Steigerung erfahren hat. Da der Regel nach die erforderliche Bildungsestufe erst mit dem zwanzigsten oder fünfzigsten Lebensjahre erreicht wird, so erweist sich namentlich bei denjenigen Berufsbahnen, welche neben der wissenschaftlichen zugleich eine technische Vorbildung erfordern, die diesen jungen Leuten hierzu noch verbleibende Ausbildungsfrist viel zu kurz, um sich darin genügend zu vervollkommen. Ganz ähnlich stellen sich die Bedingungen auch für diejenigen jungen Leute, welche sich dem Handelsstande, den Künsten, feineren Handwerken und der Landwirtschaft widmen. Der bürgerliche Anspruch steht demnach hierbei mit dem militärischen im directesten

Widerpruch. Dem letzteren würde indes durch die für eine eigentlich wissenschaftliche Laufbahn oder für die höheren technischen Lebensstellungen vorbereiteten jungen Leute noch immer ausreichend genügt werden können und unterliegt es bei diesem Sachverhalt um so weniger einem Zweifel, daß hierbei der militärische dem bürgerliche Anspruch ganz unmöglich als gleichberechtigt zur Seite gesetzt zu werden vermag. Zu bedauern bleibt, daß die Landesvertretung nicht schon 1867 ihr Augenmerk auf eine Aenderung der in diesem Punkt obwaltenden Unzulänglichkeiten gerichtet hat, um so mehr erwächst derselben aber die Pflicht, bei der bevorstehenden neuen Gelegenheit diese Verhältnisse nachzuholen und für die hier ausstehende wichtige Frage einen günstigeren Zustand herbeizuführen.

Die Reise des Kronprinzlichen Paares nach England wird, der „S.“ zufolge, nicht im Frühjahr stattfinden, sondern infolge eines im Juni zu erwartenden freudigen Familienereignisses möglicherweise bis in den Spätsommer verschoben werden.

Die Verhandlungen mit der chinesischen Gesandtschaft sind namentlich zum Abschluß gelangt. Es ist dies, wie der „Köln. Z.“ von hier gemeldet wird, durch einen Notenaustausch geschehen. Der Bundeskanzler Graf Bismarck, in seiner Antwort auf die Depesche des Ministers Burlingame vom 4. Januar, drückt seine Befriedigung über den Empfang der Gesandtschaft aus, sowie seine rückhaltlose Zustimmung zu der von Herrn Burlingame verfolgten Politik einer gerechten Auslegung der bestehenden Verträge und der Anerkennung Chinas als eines Gliedes der Familie der Nationen, das mit allen anderen europäischen Mächten zu allen Rechten und Vortheilen des internationalen Verkehrs berechtigt sei.

Die Direktion der Berlin-Potsdamer und der Bergisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft haben mit der Berliner Handelsgesellschaft ein Konsortium wegen Rautionsbestellung zum Ankauf der Braunschweigischen Staatsbahn abgeschlossen. Die Raution häftet dafür, daß die Generalversammlungen den Ankauf genehmigen.

Der in Solingen einstimmig von den Stadtverordneten niedergewählte Bürgermeister Trip hat die Bestätigung der Regierung nicht erhalten. Als Grund dazu wird angeführt, daß Trip als Abgeordneter des Wahlbezirks Solingen im konstituierenden Reichstage sich dort zur Fortschrittspartei gehalten habe. Wie verhält sich diese Handlung des Ministers des Innern Grafen Culenburg zu seinen vorläufigen Aeußerungen im Abgeordnetenhaus? „Wir sind seit 1866 Andere geworden;“ sagte er, aber...

Die „Sp. Z.“ schreibt: „In der letzten Vorstandssitzung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses wurde beschlossen, dem Abg. Wagner (Neu-Stettin) keine Diäten mehr auszugeben. Nach einer andern Version, die uns glaubwürdiger erscheint, hat das Präsidium vorläufig beschlossen, Herrn W. die Diäten nicht mehr, wie bisher, zu überlassen und abzuwarten, ob er sich wirklich zum Empfang derselben melden wird. Dann erst würde es der Frage näher treten und eventuell einen Beschluß des Hauses ertheilen. (Red. d. Vof. 3.) An die Kasse des Bureaus, sowie an die Quästoren des Hauses sind die betreffenden Instruktionen ergangen. Der Fall ist jedenfalls neu, daß ein Abgeordneter, der nicht durch Krankheit oder andere dringliche Veranlassung von den Sitzungen des Hauses fern gehalten wird, sondern fröhlich und wohlgenuth seinen Berufspflichten nachgeht, monatlich 90 Thlr. einläßt, ohne fest Beginn der Session einen Fuß in den Sitzungssaal zu setzen. Es war natürlich, daß sich der Lawille, namentlich bei dem Namensaufruf des betreffenden Abgeordneten, stets in so eklatanter Weise kund gab, daß das Präsidium des Abgeordnetenhauses endlich auf eine direkte Abhilfe des Standes Bedacht nehmen mußte.“

Das Bundeskanzleramt hat sich jüngst in einem Zirkular an die Bundesregierungen um Mittheilung der bei ihnen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über Prämienanleihen gewandt. Es ist dies vermuthlich in Veranlassung der im Abgeordnetenhaus über die beabsichtigt gewesene Konzeption einer Prämienanleihe stattgefundenen Debatten geschehen, bei welcher Gelegenheit der Handelsminister Graf Zepplitz u. a. schon erklärte, daß die Regierung den Anträgen beitrete, welche eine Regelung der Angelegenheit auf dem Wege der Bundesgesetzgebung für wünschenswerth hielten. Was man nun über die von den Bundesregierungen eingegangenen Antworten andeuten hört, zeigt jedenfalls, daß man hier vor einem schwierigen Thema steht.

Der als Spezial-Kommissarius in Sigmaringen beschäftigte Regierungsrath Gerdsdorf ist an das Kollegium der General-Kommission in Merseburg versetzt worden.

Cöln, 13. Jan. Das hiesige Kloster wurde von seinem Grund und Hausbesitz zur Zahlung von Kommunalabgaben herangezogen. Dasselbe kam zunächst bei den städtischen Behörden um Befreiung von dieser Steuer ein, wurde indessen abschlägig beschieden. Wie man der „Br. Z.“ schreibt, soll auf eine bezügliche Vorstellung bei der l. Regierung zu Marienwerder von dieser ebenfalls ein abschläglicher Bescheid erfolgt sein.

Breslau, 17. Jan. Dr. Wossidlo, Lehrer an hiesiger Realschule am Zwinger, ist zum Direktor der Realschule zu Tarnowitz gewählt worden. — Aus dem Culenburger wird berichtet, daß aus Oesterreich-Schlesien, aus Baden und Westfalen Offerten wegen Beschäftigung von Bergarbeitern eingegangen sind. Die Mittel zur Ueberföderung sollen theils aus den Fonds der Gewerksvereine theils auf Kosten der Dfferenten beschafft werden. (Bresl. Z.)

Waldenburg, 16. Jan. Zum Strike schreibt man der „Bresl. Z.“

Durch Hrn. Dr. Max Hirsch aus Berlin sind bis zum 13. d. dem hiesigen Strike-Komite 13,357 Thlr. 7 Sgr. 3 Pf. Unterstüzungen zugegangen. In dieser Summe sind diejenigen Beträge nicht begriffen, welche direkt nach hier an Mitglieder des Generalkomite geschickt worden sind, ebenso diejenigen viele Hunderte von Thalern betragenden Unterstüzungen nicht, welche an die durchreisenden Bergarbeiter in Breslau, Odelitz, Spremberg, Kottbus, Berlin, Burg, Magdeburg, Hannover u. vertheilt worden sind. In Summa mögen bis zu genanntem Tage gegen 20,000 Thaler, darunter von den Angehörigen Schweizers nur 200 Thaler zusammen gekommen sein. Der Ertrag der Strikeanleihe wird vorzugsweise für Unterstüzung der auswandernden Bergleute verwendet werden. Die Auswanderungen nehmen ihren Fortgang. Außer mehr denn 300 Bergleuten, die in der Gegend von Dortmund bereits Unternehmern gefunden haben und den 150 Mann, die nach Oesterreich-Schlesien verlangt wurden und größtentheils schon abgereist sind, (morgen geht der letzte Trupp dahin ab) werden in den nächsten Tagen die ersten Arbeiter nach Baden zu Tunnelbauten abgehen. Es kam zu diesem Behufe heut der Soldarbeiter Wittum aus Pforzheim persönlich hierher, um etliche hundert Mann dahin zu geleiten. Genannter Herr ist der Vorsitzende des Gewerksvereins der Gold- und Silberarbeiter, welcher Verein bald zuerst die Bergleute mit ansehnlichen Spenden thätigkeitsmäßig unterstützen wird. Die Verhältnisse in Oesterreich-Schlesien sollen ganz günstig sein. Die ersten Bergarbeiter dahin abgegangen sind, ist Seitens des Gewerksvereins der Bergarbeiter ein Mitglied deputirt worden, die Verhältnisse daselbst zu untersuchen und darüber zu berichten. Der Bericht hat ganz günstig gelaute, worauf hin erst die Auswanderung dahin begann. Auch jetzt weilt wieder ein Mitglied des Generalkomite daselbst, da noch für verschiedene andere Gruben in derselben Gegend Arbeiter verlangt werden. Nach Polen ist bis jetzt kein Mann gegangen, obgleich dahin mehrere Hundert verlangt wurden.

Aus **Hassel, 13. Jan.** schreibt man dem „Fr. Z.“: Viel besprochen wird hier ein in der Garnison von Grebenstein vorgelommener Fall von Mißhandlungen der Mannschaft eines Husarenregiments, dessen Aufdeckung dem energischen Vorgehen des Kommandeurs zu danken ist.

Ein Husar hat sich darüber das Leben genommen, nachdem er den Grund zu seinem verzweiflungsvollen Schritt seiner Mutter nach Weimar gemeldet hatte. Auf den Jammer der Mutter lagte ihr Herr bei dem König, der strenge Untersuchung anzuordnen befohl. Dieselbe soll zwei Offiziere auf das Schwerste gravirt haben, da die brutalen Unteroffiziere sich mit ihrem Befehle zu decken vermochten. Als Thatsache wird berichtet, daß ein Lieutenant mit mehrjähriger Festungstrafe bestraft, dem Mittelmeister der begehrt Abschied bis zum Austrag der Sache verweigert worden sei. Die beiden Offiziere, die man nennt, sind Hesse.

Hagen, 14. Jan. Man schreibt der „Eibldr. Z.“: Gestern erschien der Bürgermeister Bach von Hamdach bei Jülich, der sich in dem Landrath von Hilgerschen Denunziationsprozesse als den Verfasser der Denunziationschrift betannt hat, vor dem Disziplinardhof der hiesigen l. Regierung, um wegen der Vergehen, die seine vor etwa 1 1/2 Jahren erfolgte Suspension herbeigeführt haben, Rede zu stehen. Er wurde, dem Vernehmen nach, freigesprochen; indeß soll der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Regierungsrath von der Wart, Berufung eingelegt haben.

Braunschweig, 16. Jan. Nach dem „Braunschw. Tagbl.“ wird die Eisenbahnfrage erst am Mittwoch wieder zur Verathung kommen. Die Kommission ist dem genannten Blatte zufolge dahin schlüssig geworden, der Versammlung vorzuschlagen, den Verkauf unter Beibehaltung der übrigen, in dem früheren Kommissionsantrage gestellten Bedingungen zu genehmigen, wenn der Käufer (eine spezielle Bezeichnung desselben ist vermieden) zur einer Baarzahlung von mindestens 11 Mill. Thalern sich versteht und sich verpflichtet, nicht mehr als 12 Mill. Thaler Aktien auszugeben. Von dieser Baarzahlung sollen mindestens 4 Mill. Thlr. auf die Kreise des Landes oder die einzelnen Kommunen zu gemeinnützigen Zwecken, nach noch zu verabredenden Grundsätzen vertheilt werden, und endlich soll nach Art des Kloster- und Studienfonds ein Fond gebildet werden, aus dem gewisse Ausgaben zu provinziellen Zwecken geleistet werden sollen. Ueber die Höhe dieses Fonds ist kein Vorschlag gemacht. Ein Mitglied der Kommission ist für pure Ablehnung jeder Verkaufsproposition.

Gotha, 17. Jan. Der Kreisgerichtsrath Keil ist auf höhere Anordnung verhaftet worden. Derselbe soll vor seiner Ernennung zum Kreisgerichtsrath der Unterschlagung von Geldern aus dem Depositum des Justizamtes schuldig gemacht haben, welches er bei Behinderung des ersten Beamten interimistisch verwaltete. Keil war auch Mitglied des Landtages, aber sein Ruf scheint bereits sehr zweifelhafter Natur gewesen zu sein, denn er fiel bei allen Wahlen zu den Kommissionen durch, obwohl seine Kenntnisse und sonstige Befähigungen ihn zu einer solchen Wahl empfahlen.

Oesterreich.

Wien, 15. Jan. In der gestrigen Herrenhausitzung begann die Debatte über den Adreßentwurf und verlief im Wesentlichen wie folgt:

Berichterstatter Anton Auerperg verlas den Majoritätsentwurf, worauf Fürst Lobkowitz das Minoritätsvotum begründete. Fürst Lobkowitz sagte beläufig folgendes: „Ich erlaube mir, den Standpunkt der Minorität der Kommission im Allgemeinen schon hier zu präzisiren. Die Minorität stimmt den meisten schwingvollen Sätzen des eben gehörten Adreßentwurfs unbedingt zu, aber sie bedauert, darin jenen Ton der Persönlichkeit und des Entzuges gegenkommens gegen die widerstrebenden Provinzen zu vermissen, den sie erwartet hat. Vor allem Andern sei mit Nachdruck betont, daß auch die Minorität vollkommen auf dem Boden der Verfassung steht und jede Aenderung nur im Wege derselben zulässig erachtet, allein sie ist überzeugt, daß Anträge, welche die Segner heranziehen, nicht bloß möglich, sondern im Interesse des Reichsfriedens unumgänglich nöthig erscheinen. Sie spricht für Erweiterung der Autonomie, soweit dies ohne Beschränkung der notwendigen Einheit möglich ist. Das ist der oberste Grundgedanke der Minorität.“ Arneht sagt, das Wort „Persönlichkeit“ sei nur Phrase. Wer wollte dafür einstehen, daß, wenn die rechtlichen Forderungen erfüllt werden, nicht in der deutschen Bevölkerung dieser Länder der Gedanke an jenes Reich erwache, in welchem sie in gesicherter nationaler Existenz leben. (Sensation.) Gortzky spricht gegen Pratoberera für den Adreßentwurf. Fürst Sanguisio nennt die Majoritätsadresse eine Kriegserklärung. (Der Präsident Carlos rügt dieses Wort.) Neumann (für die Adresse) warnt vor einer Aufhebung des Volkes. Die an der Spitze stehen, verführen es und sind in Berlin und Petersburg wohl gelitten. Witrowski spricht hierauf gegen, Anger für die Adresse. Nachdem noch Sablonowski gegen und Hartwig für die Adresse gesprochen, wird die Generaldebatte geschlossen.

Die „Wiener Abendpost“ veröffentlicht die Antwort des Reichskanzlers Grafen Beust auf die Adresse der Reichsberger Handelskammer, von welcher derselbe bekanntlich in den böhmischen Landtag gewählt worden ist. Graf Beust erklärt darin, daß Ziel seiner Wünsche sei kein anderes, als die Versöhnung aller unter dem Scepter des Kaisers lebenden Völker, welches Ziel er durch Preisgebung der Verfassung und des deutschen Elements nicht zu erreichen wähen könne.

Wien, 15. Jan. „Vesti Naplo“ veröffentlicht eine Korrespondenz aus der Militärgrenze, welche sich sehr besorgt über die dortigen Verhältnisse äußert; die Beruhigung Dalmatiens sei nur eine Komödi; später, wenn die Nachbarvölker besser vorbereitet seien, werde man die Agitation in der Militärgrenze stärker wie früher auslobern sehen. Es sei deshalb die äußerste Vorsicht notwendig, damit man von den Ereignissen nicht überrollt werde. — Der „Angrifflche Lohd“ fordert die Bergwerksbesitzer, namentlich die Altiengeellschaften, und das Ministerium auf, die Auswanderung der waldenburger Grubenarbeiter nach Ungarn zu veranlassen. — Der Ministerrath hat beschlossen, gegen das belgische Bankhaus Van Wans wegen Vorschlagsverfälschung gegen den Unterstaatssekretär Pollan in Brüssel das Strafverfahren einzuleiten.

Frankreich.

Paris, 16. Jan. Wie verlautet, haben Dufaure und einige andere Mitglieder des pariser Advokatenstandes eine Versammlung abgehalten, worin sie sich dafür ausgesprochen haben, das Ministerium Ollivier zu unterstützen. Die „Opinion nationale“ erklärt sich heute ebenfalls zu Gunsten des Kabinetts. Gelegenheit dazu bietet ihr die gestrige Rede Olliviers im Senat. Selbstverständlich ist die „Opinion“ in dieser Hinsicht nur das Echo des Prinzen Napoleon, welcher dem Chef des Kabinetts schon gestern unverholen seine Sympathie ausdrückte. Rochefort erklärt heute in der „Marseillaise“, daß er mit seiner Verfolgung äußerst zufrieden sei, ja, er trostlos sein würde, wenn man dieselbe aufhebe und so die Regierung nicht eine neue Betise zu denen hinzufüge, für welche das neue Kabinet verantwortlich sei. So zufrieden, wie er thut, soll Rochefort jedoch nicht sein. Jedenfalls sind 5 Jahre Gefängniß eine lange Zeit. — Unter den Schiffsrhedern dauert die schutzöllnerische Bewegung fort. Das „Journal du Havre“ meldet, daß alle Hafenplätze eine gemeinsame Eingabe beim gesetzgebenden Körper machen wollen, um die Revision des Gesetzes über die Handelsmarine zu verlangen. Bereits hätten Havre, Marseille, Bordeaux, Cette, Dieppe, Bayonne, Cherbourg, Fecamp, Morlaix, Dunquerque, Granville, St. Malo, Boulogne, St. Vaast-la-Hougue und St. Valery en Caux in diesem Sinne energische Erklärungen abgegeben.

Paris, 18. Januar. (Tel.) Im gesetzgebenden Körper legte die Regierung einen Gesetzentwurf vor, betreffend das Budget der Stadt Paris, welcher die provisorischen Maßregeln fortsetzt, welche zu ergreifen sind, um den eingegangenen Ver-

pflichtungen der Stadt gerecht werden zu können. Hierauf erhebt sich eine lebhafte Diskussion zwischen Gambetta und dem Justizminister Ollivier über die von dem Minister gestern gesprochenen Worte. Namentlich wird dem Minister vorgeworfen, seine Meinungen dem Erfolge anbequem zu haben. Ollivier verteidigt sich entschieden gegen diesen Vorwurf und hebt hervor, daß er seit 1857 sich stets entschieden gegen die Revolution, welche nur Zerstörungen und Unglück verursache, erklärt habe. Er habe die Regierung immer beschworen, die Freiheit zu gewähren, und nachdem der Kaiser die Freiheit gegeben, habe er sich der Aufgabe unterzogen, die liberalen Ideen zum Siege zu bringen. Die Rede des Ministers wurde Seitens der Linken, namentlich von Gambetta, mehrfach unterbrochen, was den Präsidenten veranlaßte, einen Ordnungsruf ergehen zu lassen. — Im Departement Haute Saone ist Marmier mit 11,318 Stimmen gegen Bourgaud, welcher 8775 Stimmen erhielt, zum Deputirten gewählt worden. — Gerüchtweise verlautet, daß die Anklagesache gegen Rochefort am nächsten Sonnabend vor dem Zuchtpolizeigericht verhandelt werden wird. — Raspail ist gestern an einer Lungenentzündung gestorben. Die Beerdigung wird wahrscheinlich morgen auf dem Père Lachaise stattfinden. Es verlautet, daß eine starke Deputation von Raspails Wählern zum Begräbniß von Lyon hierherkommen werde.

Spanien.

Madrid, 17. Jan. (Tel.) Zorrilla wurde zum Präsidenten der Cortes mit 109 Stimmen gegen Rios Rosas, auf den 61, und Figuerola, auf den 39 Stimmen fielen, gewählt.

Italien.

Florenz, 13. Jan. In einer Ansprache des Papstes an den General Kanzler fiel besonders eine Aeußerung auf, die so gedeutet werden konnte, als hätte Viktor Emanuel anlässlich seiner jüngsten Krankheit seine politische Bergangenheit gezeugnet. Den wahren Sachverhalt theilt man nun der „Köln. Z.“ folgendermaßen mit:

Als man den König am Sterben glaubte, wurde er gefragt, ob er nicht die letzte Delung wünsche. Er erklärte sich bereit, und der Pfarrer von San Rossore, welcher schon früher von Erzbischof von Pisa die Erlaubniß zu dieser heiligen Handlung erhalten, erschien sofort. Der König beichtete und empfing die heiligen Sakramente. Nachdem die religiöse Handlung vorüber war, zog der Pfarrer ein Stück Papier aus der Tasche, und den Inhalt desselben, welcher eine förmliche Verurtheilung der Politik des Königs war, diesem vorlesend, verlangte er, daß Viktor Emanuel das Papier unterzeichne. Der König erwiderte: „Das geht mich nichts an, das ist Sache meiner Minister.“ Hierauf stellte er und rief: „Hübt mir diesen Priester fort!“ Ich kann Ihnen für die Genauigkeit dieser Erzählung bürgen.

Kontre-Admiral Alton hat sich schließlich doch so weit erklärt, das Marineministerium zu übernehmen und fünf Millionen Fr. Ersparnisse herbeizubringen. Im Ganzen werden etwa 35 Mill. Ersparnisse gemacht werden; es ist dies an und für sich eine beträchtliche Summe, nur fällt sie im Verhältnis zu unserm Defizit wenig ins Gewicht. Alton ist der Schwager des früheren Ministers Minghetti; er war früher Deputirter, wurde aber bei seiner Beförderung im Range nicht wiedergewählt.

In Neapel herrscht gegenwärtig eine fieberhafte Aufregung wegen einer auf das Agio begründeten Spekulation. Einige Bankhäuser nehmen nämlich Deposits von barem Gelde an, welches sie mit 15-20 Prozent verzinsen; sie geben dafür Bons aus, die aber Kapital und Zinsen lauten. Alles disponible bare Geld strömt diesen Banken zu; woher dieselben die Mittel nehmen um so hohe Bistafes versprechen zu können, ist Geheimniß. Vor Kurzem ist zur Bekämpfung dieser Spekulation ein besonderes Blatt „Il Contro-Scilla“ begründet worden. — Russo Scilla ist der Name des Begründers dieser Banken — dessen Polemik alsbald zu einem Duell Anlaß gegeben hat, in welchem der Redakteur getödtet wurde. Es wird dieses Unwesen vermuthlich in der Kammer zu einer Interpellation Veranlassung geben.

Aus **Rom** wird unterm 11. Jan. der „Nat.-Ztg.“ geschrieben:

Dem Vernehmen nach wurde in der gestrigen Sitzung des Konzils der Antrag eingebracht, den Paps, wenn er ex cathedra spricht, für infallibel zu erklären. Unterzeichnet ist das Altkonkord von Englandern, Belgiern, einigen Amerikanern und etlichen orientalischen Bischöfen. Man wird sich erinnern, daß es von Anfang an nicht die Absicht war, das neue Dogma durch die Kurie selbst dem Konzil zu unterbreiten; aus seiner eigenen Mitte heraus sollte diese Vollendung des hierarchischen Systems beantragt werden. Der Antrag geht zunächst an die Kommission, welche die Vorschläge der Bischöfe zu prüfen hat. — Die Zahl der unbedingten „Infallibilisten“ schätzt man auf fünfshundert, unter ihnen genießt die Spanier eines großen Ansehens wegen der Würde, mit welcher sie sich zu benehmen wissen und wegen ihrer großen theologischen Gelehrsamkeit. Diese beschränkt sich freilich im Wesentlichen auf die genaue Kenntniß einiger Kirchenväter und des kanonischen Rechts, sowie auf eine große Uebung in scholastischen Unterscheidungen. — Den fremden Diplomaten, die beim heiligen Stuhl akkreditirt sind, ist jede Möglichkeit genommen, offiziell auf das Konzil und seine Verhandlungen einzuwirken, wie es bei früheren Kirchenversammlungen der Fall war. Der Kardinal-Staatssekretär Antonelli verweist sie einfach darauf, daß er auf das Strengste zu unbedingtem Schweigen verpflichtet sei. Gleichwenig scheint es bis jetzt geclückt zu sein, auf die einzelnen Bischöfe einen bestimmenden Einfluß auszuüben; sie suchen vielmehr im Allgemeinen ihre Unabhängigkeit mit einer gewissen Eifersucht zu bewahren.

Die „Union“ berichtet über eine der letzten Massen-Audienzen die der Paps am 9. Jan. gegeben hat und wozu sich über 1500 Personen aller Nationalitäten eingefunden haben. Der Paps hielt dabei eine Rede vom Throne, worin er gesagt haben soll:

„Einige glauben, das Konzil werde Alles ins Geleis bringen und alle Trennungen aufheben, die zwischen den Menschen bestehen. Aber das Herz und der Kopf der Menschen können nur von dem himmlischen Vater geändert werden, der allein die Macht hat, das Angesicht der Welt zu erneuen. Die Andern glauben, daß diese Versammlung zu nichts führen werde, und lachen darüber. Ich bin nur ein Mensch, ein armer und elender Mensch, aber ich bin der Paps, der Stellvertreter Jesu Christi, das Haupt der katholischen Kirche, und ich habe das Konzil berufen, und das Konzil wird das Werk Gottes thun. Angebliche Weise wollen, daß man mit manchen Fragen schonen umgehe und nicht, wie sie sagen, gegen den Strom der Ideen der Zeit angehe. Ich aber sage, man muß die ganze Wahrheit sagen, man muß sich niemals fürchten, sie zu proklamiren und den Irrthum zu verdammen. Ich will frei und unabhängig sein. Um die Angelegenheiten der Welt bekümmere ich mich nicht, ich thue das Werk Gottes, der Kirche, des heiligen Stuhles und der ganzen christlichen Gesellschaft. Betet also, betet und zwinget den heiligen Geist durch eure Bitten, einzugreifen und die Väter des Konzils zu erleuchten, damit die Wahrheit triumphire und der Irrthum besiegt werde.“

Rom, 17. Jan. (Tel.) Die Kaiserin von Oesterreich ist heute nach Ancona abgereist, wo sie sich nach Triest einschiffen wird. Der König Franz II. und dessen Familie geleiteten die Kaiserin bis zum Bahnhofe.

Großbritannien und Irland.

Toronto, 13. Jan. (Rabeltel.) Die kanadische Regierung hat beschlossen, in Verbindung mit sonstigen Einrichtungen zur Förderung der Einwanderung während des kommenden Sommers ein großes Gebäude

Lebende Fische Donnerstag Abend bei H. Briske Wwe. Bronckerstraße 4, im Colosseum.

Leb. Sechse, Zander und Barsen Donnerstag Abend bei Saar-Offenz Dr. Mankiewicz's Apotheke.

Auf dem Dom. Pudlischki bei Kröben stehen 1/2 bis 2jährige Bullen (Holländer) zum Verkauf. Das Wirtschaftsamts.

Auf dem Dom. Trzemial bei Trzemesno wird zum 1. April ein unverheirateter Wirthschafts-Beamter gesucht. Gehalt 100 Thlr.

Auswärtige Familien-Verlobungen. Ein Sohn dem Dr. Max Friedländer in Wien, dem Hr. G. Langenscheidt in Berlin, dem Hr. Richard Grundmann in Stettin; eine Tochter dem Landrath v. Stülpnagel in Glogow.

Auszug aus k. k. Hofraths Dr. Löschner's Schrift. Die Pastilles digestives de Bilin (Biliner Verdauungs-Zeltchen). aus dem Biliner Sauerbrunnen gewonnen und durch die Aufnahme als Heilmittel in die österr. Pharmakopoe ausgezeichnet.

Cottillon-Orden, auch mit Uebersetzungen der interessantesten Art, empfiehlt die Papierhandlung von M. Lakinska Hotel de France.

Ein Konditorgehilfe kann sofort eintreten beim Konditor Ulrich in Schrimm.

Ein deutscher Wirthschafts-Inspektor, beider Landessprachen mächtig, unverheiratet mit guten Zeugnissen versehen, sucht womöglich selbstständige Stellung.

Feine Ungarweine empfiehlt billigst Gustav Geissler, Görbersdorf, per Waldenburg in Schlef.

Ein anständiges Fräulein, gesehten Alters, sucht zur weiteren Ausbildung und Unterstützung der Hausfrau auf einem Gute Stellung.

Ein anständiges Fräulein, gesehten Alters, sucht zur weiteren Ausbildung und Unterstützung der Hausfrau auf einem Gute Stellung.

Preuß. Loose 2. Klasse, 8. 9. 10 Febr. 1/2, 8 Thlr., 1/2, 4 Thlr., 1/2, 1 Thlr., alles auf gedruckten Antheilscheinen, versendet G. Goldberg, Lotterie-Komitor. Mondjourplaz 12, Berlin.

Ein anständiges Fräulein, gesehten Alters, sucht zur weiteren Ausbildung und Unterstützung der Hausfrau auf einem Gute Stellung.

Ein anständiges Fräulein, gesehten Alters, sucht zur weiteren Ausbildung und Unterstützung der Hausfrau auf einem Gute Stellung.

Loose à 12 Sgr. der Stuttgarter Dombau-Lotterie, Biehung am 1. Februar 15,000 Geldgewinne mit 70,000 Gulden, L. Oppenheim jun in Braunschweig.

Ein anständiges Fräulein, gesehten Alters, sucht zur weiteren Ausbildung und Unterstützung der Hausfrau auf einem Gute Stellung.

Ein anständiges Fräulein, gesehten Alters, sucht zur weiteren Ausbildung und Unterstützung der Hausfrau auf einem Gute Stellung.

Internationale Ausstellung Altona 1869 unter dem Ehrenpräsidium Sr. Excellenz des Hrn. Bundeskanzler Graf Bismarck. Grossartige Verloosung von ausgestellten und prämiirten Gegenständen.

Kanonienplaz 6, im dritten Stock, eine freundliche Wohnung von 3 Stuben mit Zubehör, vom 1. April ab zu vermieten.

Ein Hauslehrer, der bis zu den mittleren Klassen eines Gymnasiums vorbereitet und gute Zeugnisse aufzuweisen hat, sucht zu Ostern c. ein anderweitiges Engagement.

Stadt-Theater in Posen. Mittwoch den 19. Jan. Auf vieles Berlangen zum fünften Male: König Wammon.

Ein Laden, Nr. 60 sofort zu verm. Näheres Bäderstraße 13b, 2 Tr.

100 Thaler Belohnung. In der Nacht vom 12. zum 13. November 1868 sind meine Gebäude, Scheune und Stall in Ostrowo bei Gollanz in Brand gesetzt.

Saison-Theater in Posen. Donnerstag den 20. Januar. Robert und Vertram oder Die lustigen Wasgabunden.

Ein schönes freundl. Zimmer, vorh. ist v. 1. d. M. ab zu verm. Näheres Wasserstraße 8/9 bei Goslinski.

Die Zukunfts-Partei und die Aufgaben der Preussischen Regierung und Gesetzgebung von Einem, der keiner der alten Parteien angehört.

Volksgarten-Saal. Heute Mittwoch den 19. Januar großes Konzert u. Vorstellung.

Mühlensche 42 ist eine Wohnung von 2 Stuben im 1. Stock vom 1. April zu verm.

Im Verlage von Wischer & Köstlin in Berlin ist soeben erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen: Die Zukunfts-Partei und die Aufgaben der Preussischen Regierung und Gesetzgebung von Einem, der keiner der alten Parteien angehört.

Bazar-Saal. Freitag den 21. Januar 1870, Abends 7 1/2 Uhr, Concert von Michael Hertz, Pianist.

Ein Commis, Ein Lehrling, mosaischer Religion, der polnischen Sprache mächtig, finden sofort oder zum 1. April c. in meinem Kolonialwaaren-Geschäft Engagement.

Herzenstiefsten Dank und jegensvollen Dank allen den lieben Wohlthätern und Freunden meiner christlichen Liebes-Anstalten alhier, welche durch ihre Darreichungen von Geld- und Natural-Spenden mich in die überglückliche Lage versetzt haben.

Circus Wulff in der Kleinen Ritterstraße. Heute Donnerstag den 20. Januar ganz außergewöhnlich brillante Extra- und Abschiedsvorstellung zum Penenz.

Ein tüchtige Wirthschafterin jüdischer Konfession wird für eine größere Haushaltung zum sofortigen Antritt gesucht.

Die nächste Psalmen-Vorlesung findet Donnerstag den 20. d. M. statt.

Stefano Arlotto. Zum Schluss zum ersten Male: Foto der brasilianische Affe.

Ed. v. Schkopp in Znowraclaw.

Familien-Nachrichten. Das heute erfolgte Ableben meiner lieben Tante, Wilhelmine v. Pisancki, in ihrem 66. Lebensjahre zeige ich Verwandten und Freunden ergebenst an.

Schneekoppe. Donnerstag den 20. Januar c. Wurstkränzchen, wozu ergeb. einladet Saenisch.

Ein Kommis, Materialist, der auch Kenntniz in der Buchführung besitzt, sucht als solcher oder auch in anderen Geschäftsbranchen Stellung.

Die nächste Psalmen-Vorlesung findet Donnerstag den 20. d. M. statt.

Produkten-Börse. Berlin, 18. Jan. Wind: N.O. Barometer 28. Thermometer: 10°. Bitterung: trübe.

Braunschweiger 20 Thaler Prämien-Loose. von der Königl. Regierung gesetzlich erlaubt. Die nebenverzeichneten Gewinne werden durch die Ziehungen am 1. Februar, 1. Mai, 1. August, 1. November zur Auszahlung gebracht.

Ein tüchtiger Mühlenwerkführer zu einer holländischen Windmühle mit Selbst-Regulirung findet sogleich bei freier Wohnung, Deputat c. eine gute Stellung.

Die nächste Psalmen-Vorlesung findet Donnerstag den 20. d. M. statt.

Produkten-Börse. Berlin, 18. Jan. Wind: N.O. Barometer 28. Thermometer: 10°. Bitterung: trübe.

Table with exchange rates for various goods like Roggen, Weizen, Spiritus, and Rüböl in Berlin and Stettin.

Posener Marktbericht vom 19. Januar 1870. Table with market prices for various commodities like Weizen, Roggen, and Butter.

Börse zu Posen am 19. Januar 1870. Table with market prices for bonds, spirits, and other goods.

